

## Protokoll zum Stadtplanungsausschuss vom 19.01.2016

Am Dienstag, den 19. Januar fand im Rahmen des Stadtplanungsausschusses im Großen Rathaus Festsaal eine von der Opposition beantragte Expertenanhörung zu Großsiedlungen statt. Dem offiziellen Protokoll zuvorkommend, folgt hier nun unser Protokoll zur Veranstaltung. Eine Tagesordnung inkl. Expertenliste steht unter dem folgenden Link zur Verfügung:

<https://www.hamburgische-buergerschaft.de/contentblob/4664540/data/160119-dl.pdf>

### Aussagen Experte 1: Prof. Dr. Ingrid Breckner – HCU Hamburg

- Betonung, dass die Herangehensweise wer, wie und was gemacht wird sehr wichtig ist.
- Die Doppelbelegung von Sozialwohnungen wird als problematisch eingestuft
- Grundrisse der Gebäude / Wohnungen sollten in Bezug auf eine Doppelbelegung kritisch geprüft werden
- Es ist wichtig, dass die Politik auf Augenhöhe mit der Nachbarschaft redet
- Hinterfragen, wo sich die Bewohner bei einer Doppelbelegung treffen – Einplanung von Begegnungsorten, Gemeinschaftsräum außerhalb der Wohnungen
- Einschätzung der Finanzmittel von 1 Mio. €/Bezirk als „wohl nicht ausreichend“
- Empfehlung, die Unterbringung so kleinteilig wie möglich zu realisieren

### Aussagen Experte 2: Heinz Buschkowsky – ehem. Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln

- Aspekte der nachhaltigen Integration wird als sehr wichtig eingeschätzt
- Feststellung, dass wir erst am Anfang der Frage zur Flüchtlingsunterbringung stehen und Verweis auf die Bundesprognose für Zustrom in 2016
- Feststellung, dass Städte diesen immensen Zulauf / Zustrom nicht bewältigen können
- Anführung von London als sehr schlechtes Beispiel für Integration von Flüchtlingen (Ghettos im Randbereich der Großstadt)
- Es sollte sich vor Allem die Frage gestellt werden, was für eine erfolgreiche Integration förderlich ist
- Die Ballung von Flüchtlingen sollte so gering wie möglich erfolgen. Eine Verteilung in kleinen Gruppen ist zu empfehlen
- Betonung, dass die Integrationsförderlichkeit bei Wohnquartieren von über 1000 Flüchtlingen fraglich ist
- Infrastrukturen (Maßnahmen) müssen schon im Umfeld in ausreichender Anzahl und mit freier Kapazität vorhanden sein
- Die Schaffung neuer Infrastrukturen extra für Flüchtlinge ist nicht förderlich und verhindern eine Durchmischung
- Abraten von einer großen Flüchtlingsunterkunft, da dies nicht zielführend ist, vielmehr sollten mehrere kleinere Unterkünfte an unterschiedlichen Standorten erfolgen
- Vorgehensweise von Norwegen als positives Bsp. für Integration genannt, siehe Beitrag Mopo unter <http://www.mopo.de/hamburg/politik/fluechtlings--ghettos--herbe-kritik-an-olaf-scholz-23419826>
- Es sollte keine ethnische Einheitlichkeit hergestellt, sondern unbedingt eine Durchmischung angestrebt werden
- Die Größe der Wohnsiedlungen sollte unbedingt begrenzt gehalten werden. Gebiete mit 2000 bis 5000 Emigranten / Menschen entwickeln eine negative Eigendynamik. Es entsteht auch hier eine Spaltung unter den Emigranten in den soz. Schwachen und soz. Starken
- Betonung, dass erst der sozial-schwache Emigrant ein Problem ist, keinesfalls der Emigrant an sich

- Beobachtung, dass Anwohner betroffener Quartiere mit dem Möbelwagen abstimmen und somit soziale Kompetenz aus dem Gebiet abwandert. Somit verschlechtern sich auch die Integrationschancen
- Herr Buschkowsky spricht aus seiner Erfahrung als ehem. Bürgermeister in Berlin-Neukölln und warnt, dass in Berlin solche Großsiedlungen schiefgegangen sind
- Er schätzt 15 Jahre als eine lange Zeit ein und betont, dass diese Jahre ausreichen um Flüchtlingsunterkünfte (Siedlung) als sozialen Brennpunkt zu stigmatisieren. Die Folge ist, dass sich die umliegenden Anwohner von dieser Siedlung fern halten
- Wenn dieses Stigma vorhanden ist, wird es schwierig, neue sozial stärkere Mieter für die Siedlung zu finden. Herr Buschkowsky hat beobachtet, dass in der Gesellschaft von dem Gebiet dann nur noch als „dort wo Flüchtlinge leben“ gesprochen wird
- Laut ihm bleiben Religionsprobleme nicht aus, da die religiösen Konflikte aus den Heimatländern ins Fluchtland mitgebracht werden
- Der Islam ist ein Staatssystem, das heißt der Islam legt nicht nur Regeln nach der Religion sondern auch nach Staatsstruktur fest. Es gibt keine Unterscheidung. Umso schwieriger ist es dann für Anhänger des Islams die deutsche Staatsstruktur zu respektieren und nach ihr zu leben.
- Die Religion strahlt in das Quartier und den ganzen Stadtteil aus
- Unterbringung von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive ist unsinnig und kontraproduktiv

### **Aussagen Experte 3: Dr. Verena Herfort - BfW Landesverband Nord e.V. Hamburg**

- Dr. Herfort erkennt an, dass es sehr schwer ist, schnell Wohnungen in FHH zu bauen. Laut ihr erfordert dies einen langen Planungsprozess bei den Behörden
- Sie begrüßt Flächen, die vorher nicht für Wohnungsbau ausgewiesen waren, betont aber auch, dass Quartiere von vornherein durchmischt werden sollten
- Sie bedauert, dass der BfW Landesverband Nord e.V. Hamburg nicht in die Flächenauswahl einbezogen wurden
- Es muss ein Quartiersmanagement betrieben werden
- Die Bürgerbeteiligung durch Senat wird von ihr als nicht ausreichend eingeschätzt
- Als Risiken führt Sie die rechtlichen Voraussetzungen für den Bau der Unterkünfte nach § 246. Sie hinterfragt kritisch, ob das Planrecht im Nachgang erhalten werden kann
- Auch die Finanzierung mit / bei / durch Banken wird als Risiko eingestuft, da kein verlässliches Planrecht vorhanden ist – die Bank hat keinen Gegenwert

### **Aussagen Experte 4: Dr. Thomas Krebs – SAGA GWG Hamburg**

- Dr. Krebs bewertet das Sonderbauprogramm des Senats als intelligente Lösung, sieht darin jedoch auch eine große Herausforderung
- Laut ihm sollten die Flüchtlingsunterbringungen als lebenswerte Quartiere entwickelt werden
- Die Akzeptanz der Anwohnerschaft muss für eine erfolgreiche Integration vorhanden sein
- Die Klärung zu Nachnutzungskonzepten ist in seinen Augen sehr wichtig (Vermietung, Eigentum...)
- Eine Überforderung der Quartiere sollte vermieden werden
- Die Berücksichtigung baulicher Aspekte zur Integration, Wohnlichkeit, Sicherheit und Nachnutzung sieht er als ausschlaggebend an
- Er betont, dass keine Großsiedlungen geschaffen werden sollten. Auf die Frage hin, wie er Großsiedlungen definiert, lautet seine Antwort: Siedlungen ab 5000, 10.000 oder 15.000 Anwohnern
- Die Mischung der Belegung schätzt er als essentiell ein

- Auch ein Quartiersmanagement sollte eingerichtet werden
- Die Anwohner des neu zu bebauenden Gebietes sollten aktiviert und in die Integrationsaufgabe mit eingebunden werden.
- Wichtig ist für Dr Krebs außerdem die Vernetzung des neuen Quartiers in den Stadtteil. Diese Vernetzung kann unter anderem durch eine gute im Stadtteil vorhandene Infrastruktur (Kita, Schule, soz. Einrichtungen...) gefördert werden
- Empfehlung des Quotenmodells 50 / 50 und die zusätzliche Schaffung von freifinanziertem Wohnen in den Quartieren. ER betont, dass es Option zur Privatisierung geben muss
- Dr. Krebs schlägt vor, eine Flüchtlingsgenossenschaft zu entwickeln
- Im Vorab sollte ein Fluktuationskonzept entwickelt werden, das die Weiterbelegung klärt und zum Beispiel berücksichtigt, was passiert, wenn sich der Status der Flüchtlinge ändert oder Fristen, wie die 15 Jahres Frist abläuft.
- Die Lage des Quartiers bei uns am Öjendorfer See findet er gut (Park, See)

### **Aussagen Experte 5: Harald Krüger – DRK Hamburg**

- Laut Herrn Krüger ist die Unterbringung der Flüchtlinge in festen Wohnungen zu bevorzugen
- Die Nachbarschaft sollte jedoch nicht überfordert werden
- Auch er betont, dass ausreichende Infrastruktur im Stadtteil bereits vorhanden sein sollte und nicht erst im Rahmen des Baus des neuen Quartiers neu geschaffen werden muss.
- Herr Krüger ist sich sicher, dass Integration in großen Einheiten gelingt

### **Aussagen Experte 6: Prof. Michael Rothschuh – HAWK-Hochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen**

- Prof. Rothschuh merkt an, dass die vom Senat verwendete Bezeichnung "Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen" sehr mehrdeutig ist
- Er betont, dass Flüchtlinge sofort Rechte wie das Wohnrecht erhalten müssten. Erst mit Rechten sind die Geflüchteten Subjekte und keine Objekte
- Außerdem steht den Flüchtlingen zu, im Gemeinwesen zu leben
- Die Wohnungen sollen laut Prof. Rothschuh möglichst von Beginn an wie eine normale Wohnung sein
- Die Flüchtlinge sollten an der Planung der Wohnungen beteiligt werden
- Er betont, dass ein Quartiersmanagement der Standard in der Stadtentwicklung ist
- Die Arbeit im Gemeinwesen benötigt Orte bzw. Räume, Menschen bzw. Personen und Gelegenheiten.
- Er betont, dass der Statusübergang der Flüchtlinge noch besprochen werden muss

### **Aussagen Experte 7: Dr. Jens Schneider – Universität Osnabrück**

- Dr. Schneider reiht sich in die Forderungen seiner Vorgänger nach einer guten Durchmischung der neuen Quartiere ein. Er betont, dass die Kontaktaufnahme der vorhandenen Anwohner mit den neu hinzukommenden sehr wichtig ist.
- Es sollte eine aktive Teilnahme an der Integrationsarbeit der jetzigen und neuen Bewohner gefördert werden
- Einen starken Einfluss auf die Struktur des Wohngebietes hat nach seiner Aussage, der Bildungsgrad - gesehen im europäischen Vergleich und die Integrationsbereitschaft
- Ein ausschlaggebender Faktor für die Integrationsbereitschaft ist die Gleichstellung der Frau (Emanzipation) sowie die Bildungschancen für Frauen, die mit einem Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt einhergeht.

## Antworten auf die Fragen der Zuhörer:

FRAGE: Wie schätzen die Experten die Einführung des Wohnortzuweisungsgesetz (WOZG) ein?

ANTWORT: Problematisch bezüglich der Arbeitsaufnahme in strukturschwachen Regionen. Schon jetzt erfolgt ein Abstrom aus solchen Regionen. Wie soll dort dann Integration erfolgen, wenn keiner mehr da ist?

Herr Buschkowsky ergänzt hierzu, dass das WOZG dem Schutz der Städte und Gemeinden dient und nur für Personen mit Sozialtransferleistungen.

FRAGE: Wie sollte der Ausbau von Schulstandorten erfolgen?

ANTWORT: Die vorhandenen Schulstandorte sollten gestärkt und ausgebaut werden, bevor neue Schulen im neu geplanten Quartier errichtet werden. So kann eine bessere Durchmischung an den Schulen und somit bessere Integrationschancen gefördert werden.

FRAGE: Wie schätzen die Experten die Flächen ein?

ANTWORT: Bei den ausgewiesenen Flächen handelt es sich um große Flächen mit einer sehr dichten Belegung. Hier sollte vor allem die Belegung als zentrales Thema gesehen werden. Die Experten sind unterschiedlicher Auffassung bezüglich der Standorte (im neuen Quartier oder im Stadtteil) für die ausgeprägte Infrastruktur, da diese eine integrative Wirkung hat und das neue Quartier mit den Stadtteilen vernetzt. Die Wissenschaftler unter den Experten vertreten die Auffassung, dass eine bessere Wirkung mit Infrastruktur-Standorten innerhalb des neuen Quartiers erzielt wird. Der Vertreter der SAGA und wie in der Kurzzusammenfassung geschrieben, der DRK Vertreter, äußerten, dass eine Standortwahl für Infrastruktur außerhalb vorteilhaftere Effekte hat.

FRAGE: Welche Rolle spielt die Mikroökonomie in den neu zu planenden Quartieren?

ANTWORT: Die Etablierung einer funktionierenden Mikroökonomie innerhalb der neu entstandenen Quartiere wird als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt gesehen, speziell wenn diese von Emigranten betrieben wird. Allerdings sollte keine rein migrantische Ökonomie in den neuen Quartieren entstehen. Diese sollte eher im Umfeld des neuen Quartiers entstehen, um somit die Vernetzung mit den bereits angesiedelten Bewohnern und Firmen zu begünstigen.

FRAGE: Bei welcher Anzahl an Wohneinheiten (WE) sehen die Experten die Obergrenze für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten?

ANTWORT: Die Expertin der Investoren (BfW) sagt, dass bis zu 150 WE für Flüchtlinge gut machbar sind.

Dr. Thomas Krebs (SAGA GWG) will die WE zur Flüchtlingsunterbringung blockweise anordnen. Sobald 30% der Flüchtlingswohnungen durch Wegzug der Geflüchteten frei sind, sollen diese in den Normalwohnungsbestand übergehen. Die Wirtschaftlichkeit für den Umbau und die Sanierung der Wohnungen bedingt diesen Prozentsatz. Laut Angaben der SAGA, sind alle eigenen Flächen bereits bebaut und verdichtet. Es wird von Dr. Thomas Krebs behauptet, dass die FHH nicht mehr wachsen kann, wenn nicht in Landschaftsschutzgebieten gebaut wird. Hier gibt es laut Aussage von ihm einen Zielkonflikt. Die Wohnungsbaugesellschaft schlägt vor, Kleingärten aus Innenstadt in den Stadtrand zu verlegen, weiß aber dass die Kleingärten im Herzen der Stadt eine „heilige Kuh“ sind. Der Experte der SAGA merkt an, dass er in Bezug auf die Entwicklung des Gebietes Haßloredder Bedenken hat.